



Erfolgreiche Verhandlungen Tarifergebnis 1:1 übernommen

© DPoIG BW

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 9. Dezember 2023 einigten sich die Tarifpartner in Potsdam. Neben einem Sockelbetrag (200 Euro), einer prozentualen Erhöhung (5,5 Prozent) und einem Mindestbetrag (340 Euro) gab es eine steuer-

und abgabenfreie Inflationsausgleichsprämie von insgesamt 3 000 Euro (Einmalzahlung 1 800 Euro, zehn Monate jeweils 120 Euro).

Mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Edmund Schuler, der zugleich Bundes- und Landestarifbeauftragter ist, haben wir einen echten Profi an Bord, weshalb wir bereits früh unsere Planungen zur Übernahme auf die Beamten und Versorgungsempfänger gestartet haben. Dies zu einem Zeitpunkt, an dem viele das Thema noch gar nicht realisierten. Am 18. November 2023 fand das entscheidende Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden und Landesvorsitzenden der CDU, Manuel Hagel, statt, der uns zusagte, sich für die Übertragung eines Sockelbetrags einzusetzen. Am 18. März dieses Jahres informierte er mich über die Einhaltung der Zusage und tags darauf kam die Information über die Umsetzung auch von MdL Seimer (Grüne).

Eindrucksvoll hatten wir mit mehr als 1 500 Demo-/Streikteilnehmern für dieses Tarifergebnis gekämpft und am 11. April 2024 erreichte uns der Gesetzesentwurf zur Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen und Änderung dienstrechtlicher Vorschriften. Dadurch konnten wir erreichen, dass alle Beamten von A 7 bis A 16 die volle Übertragung mit einem Plus von 450 Euro pro Jahr bekommen – ohne Abzug bei einer systemgleichen Umsetzung der Sozialabgaben. In der zuvor vom

Finanzminister und Innenminister vereinbarten Abkehr der 1:1-Übernahme hätten die unteren Besoldungsgruppen mehr als 1 000 Euro weniger erhalten und auch beim gesamten gehobenen Dienst wäre es weniger gewesen. Lediglich im höheren Dienst ab A 15 hätte sich teilweise ein geringes Plus eingestellt. Zahlreiche Kollegen/-innen wären nicht in den Genuss des Mindesterhöhungsbetrags von 340 Euro gekommen.

Der über 145 Seiten umfassende Gesetzesentwurf zeigt, dass es nach den höchstrichterlichen Urteilen gar nicht mehr so einfach ist, mit Ausnahme der reinen Besoldungsbestandteile, die Übertragung eines Tarifergebnisses vorzunehmen. Allein auf 30 Seiten befasst sich der Gesetzgeber mit der verfassungsrechtlichen Frage zur amtsangemessenen Alimentation und stellt eine Vielzahl an Berechnungen und Vergleichen an. Die umfangreichen Berechnungen von Dirk Preis, Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand, und die rechtliche Prüfung unserer Landesgeschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert haben gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind – ohne detaillierte Auseinandersetzung geht es nicht.

So beschert uns das Mindestabstandsgebot zur Grundsicherung verschiedene Neuerungen. In der Rückrechnung auf die wirtschaftlichen Entwicklungen wird es für das Jahr 2023 Nachzahlungen beim Familienzuschlag (1. Kind) für die unteren Erfahrungsstufen in den Besoldungsgruppen bis

A 9 kommen. Rückwirkend ab Januar 2023 wird der Familienzuschlag für das 3. und jedes weitere Kind auf 812 Euro erhöht, womit es Nachzahlungen pro Monat/Kind von 61,56 Euro geben wird. Erhöhungen wird es ab dem 1. November 2024 und 1. Februar 2025 auch beim „ehebezogenen Familienzuschlag“ und beim Familienzuschlag für Kinder geben. Für einige in den unteren Erfahrungsstufen bis zur Besoldungsgruppe A 10 wird ein Familienergänzungszuschlag eingeführt. Damit erfolgt gegenüber der bisherigen „Alleinverdiener-Strategie“ zukünftig eine Abstimmung für „Doppelverdiener“. Arbeitet der Ehepartner nicht oder hat ein geringeres Einkommen als 6 000 Euro, kann dieser Zuschlag beantragt werden. Die Strukturzulage, die Mehrarbeitsätze und die Amtszulage werden erhöht. Ebenso der LOD (3,81 Euro auf 3,99 Euro; 3,99 Euro auf 4,21 Euro) und die Taucherzulagen.

Wir werden die Anhörung zum Gesetzentwurf als Anlass nehmen, um zahlreiche Forderungen einzubringen. Dazu gehören auch die Auszahlung der Inflationszulage für Lebensarbeitszeitverlängerer, Elternzeit und die Modalitäten bei der Teilzeit. Ebenso fordern wir grundsätzlich eine Erhöhung aller Zulagen und eine Anpassung beim Versorgungsausgleich. Wir sind und bleiben also am Ball, auch was die Umsetzung der Dienstrechtsreform gD und hD angeht.

Ihr Ralf Kusterer

Inhalt

- Seite 2 Landesvorstand tagt beim PP Einsatz
- Seite 3 Christian Stemmler einstimmig in den Geschäftsführenden Landesvorstand gewählt
- Seite 3 Personalvertretungen: DPoIG-Personalräte aktiv
- Seite 4 Daran arbeiten wir
- Seite 6 Jahreshauptversammlung in Heilbronn
- Seite 6 JobRad – gute(s)r „Rad(t)“ ist manchmal teuer
- Seite 7 Klausurtagungen: DPoIG-Mandatsträger aktiv
- Seite 8 Jahreshauptversammlung OV FW Karlsruhe
- Seite 8 31. Deutscher Polizei Eishockey CUP

Impressum:

Redaktion: Jörg Kluge
(V. i. S. d. P.)
Telefon +49.172.1397377
E-Mail: Joerg.Kluge@DPoIG-bw.de
Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 0711.9979474-0
Telefax 0711.9979474-20
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830



Landesvorstand tagt beim PP Einsatz

SEK beeindruckt mit moderner Technik und professionellem Standing

Am 25. März tagte das mehr als 30-köpfige Gremium des Landesverbandes im Casino des SEK Baden-Württemberg beim Polizeipräsidium Einsatz in Göppingen.

Polizeipräsident Anton Saile begrüßte das gewerkschaftspolitische Spitzengremium der DPoIG. Er zeigte sich überrascht über dessen Größe, in dem alle Polizeipräsidien vertreten und alle Fachbereiche eingebunden sind. Mit dem beeindruckenden Imagefilm „Zu Wasser, zu Luft und zu Land“ begann PP Saile seine Begrüßung bei einem Präsidium, das in der Tat aus verschiedensten Spezialbereichen besteht. Danach stand er dem Gremium für Fragen und Anregungen zur Verfügung. Der stellvertretende Landesvorsitzende und Kreisverbandsvorsitzende des PP Einsatz, Jürgen Engel, bedankte sich symbolisch für die Unterstützung mit einem „DPoIG-Handtuch“. Bei der angenehmen Atmosphäre gab es für den Präsidenten allerdings keinen Grund, ins Schwitzen zu kommen.

Nachdem im Gremium wichtige Themen erörtert waren, gab der stellvertretende Kommandoführer Braun Informationen zur Arbeitsweise und zu den Aufgaben des SEK BW. Wie so

oft zierte dann ein guter Schluss alles: Als „i-Tüpfelchen“ gab es noch eine interessante Vorführung von modernsten technischen Gerät durch Angehörige des Kommandos.

▣ Fußball-EM 2024

In wenigen Wochen wird die Fußball-EM 2024 der Polizei die volle Aufmerksamkeit abverlangen. Eines der Topthemen ist die Betreuung der dabei eingesetzten Kräfte, ohne dabei all diejenigen zu vergessen, die in dieser Zeit „den täglichen Polizeidienst“ bewältigen – vielerorts ja deshalb mit noch weniger Personal als sonst.

Der Landesvorsitzende Ralf Kusterer stellte dazu erste Überlegungen vor, die das Landesgremium mit Anregungen und Vorschlägen ergänzte. Man darf gespannt sein, was sich die Verantwortlichen für die optimale Betreuung aller Polizeibeschäftigten einfallen lassen.

▣ IT-Sicherheit

Ein so großer und immer größer werdender Verband wie die Deutsche Polizeigewerkschaft muss ganz besonders technischen Anforderungen und Entwicklungen gerecht

werden und gleichzeitig gesetzliche Vorgaben einhalten. Die ständig steigende Anzahl von Cyberangriffen auf die IT-Infrastruktur von staatlichen Organisationen, Wirtschaftsunternehmen und Verbänden zwingt auch die DPoIG dazu, das Thema IT-Sicherheit ganz oben auf der Agenda zu verorten. Mit weitreichenden Entscheidungen hat der Landesvorstand hier für Sicherheitsmaßnahmen gesorgt. Ein besonderes Augenmerk lag hier auf der erweiterten Absicherung der Mitgliederdaten, die man durch den Einsatz externer Unternehmen und durch IT-Spezialisten gewährleistet.

▣ Freude über politische Erfolge

Die Freude um den Erfolg zur Übernahme des Tarifergebnisses stand den Vorstandsmitgliedern förmlich ins Gesicht geschrieben. Bereits vor dem Tarifabschluss hatte die DPoIG durch taktisches Vorgehen und eine besondere strategische Ausrichtung die Weichen für den aktuellen Erfolg gelegt. Jetzt folgte mit der Zusage ein Erfolg, den natürlich auch die große Beteiligung bei der Tarifiedemo mit weit mehr als 1 500 Polizeibeschäftigten möglich machte. Dies hatte sowohl bei

der Politik als auch bei den Verhandlungsführern einen kämpferischen Eindruck hinterlassen.

▣ Mitgliederentwicklung spitze – Rechtsschutz erstklassig

In seinem Bericht zur Lage ging der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer auf die weiterhin positive Mitgliederentwicklung ein, die sich landesweit in allen Bereichen bemerkbar macht. Eine Entwicklung, die nicht zuletzt der erstklassige DPoIG-Rechtsschutz unterstützt. Weit mehr als 1 400 Rechtsschutzfälle und eine fast unschlagbare Erfolgsquote sprechen hier eine deutliche Sprache. Die hohen Ausgaben von fast einer halben Million Euro sind eine gute Investition und sind es wert, gegenüber einem vom Dienstherrn abhängigen Vorschussystem und der Gewährung eines dienstrechtlichen Rechtsschutzes unabhängig zu agieren.

Die Landesvorstandsmitglieder zeigten sich am Ende der Veranstaltung äußerst zufrieden über die Bewältigung einer umfangreichen Tagesordnung. Nach den besonderen und einmaligen Einblicken und Blicken hinter die Kulissen des SEK trat man mit einem „Glückauf“ für die engagierten SEK-Kollegen die Heimreise an. ■

#Ehrenamt sichtbar



Personalvertretungen

DPoIG-Personalräte aktiv

Die Mitglieder des Personalrats führen ihr Amt ehrenamtlich als öffentliches Ehrenamt. Nicht immer wird im täglichen Dienst deutlich,

dass das Engagement im Personalrat zusätzlich zum regulären Dienst erfolgt. Die meisten Personalratsmitglieder werden nur für die Sit-

zungsteilnahme freigestellt. Die Vorbereitungen, und dazu gehört auch die rechtliche Auseinandersetzung mit allen Themen im Personalrat,

muss zusätzlich erfolgen. Sichtbar wird die Mitarbeit oft nur bei Personalversammlungen oder bei der Berichterstattung im Intranet. ■



> Mitglieder des ÖPR Konstanz mit dem stellvertretenden HPR-Vorsitzenden Dirk Preis (links), Andreas Herzog (HPR und ÖPR, 4. von links), rechts daneben Michael Öhler (ÖPR-Vorsitzender), Polizeipräsident Hubert Wörner, Ralf Kusterer (HPR-Vorsitzender)



> Ralf Kusterer (HPR-Vorsitzender), Polizeipräsident Kollmar (†), Uwe Hagmann (ÖPR-Vorsitzender PP MA), Frau Ströbele (Vertreterin des LPP), Dirk Preis (stellvertretender HPR-Vorsitzender) (von links)



> Carsten Prange (ÖPR-Vorsitzender), Dirk Preis (stellvertretender HPR-Vorsitzender), Polizeipräsident Berger, Francesco Brancato (ÖPR und DPoIG), Michael Pawlik (stellvertretender ÖPR), Ralf Kusterer (HPR-Vorsitzender) (von links)

Christian Stemmler (Karlsruhe) einstimmig in den Geschäftsführenden Landesvorstand gewählt

Nach fast einem Jahr Vakanz erfolgte auf Vorschlag des Geschäftsführenden Landesvorstandes die Wahl von Christian Stemmler, Bezirksvorsitzender Karlsruhe, in den Geschäftsführenden Landesvorstand (GLV)*. Mit einstimmigem Zuspruch folgt er auf Marion Rothmund, die dem Gremium vom 3. Dezember 2015 bis zum 3. April 2023 angehörte und mit ihrer Neuwahl zur Landesfrauenbeauftragten ausgeschieden war. Christian Stemmler ist den

meisten Mitgliedern als Vorsitzender des Örtlichen Personalrats beim PP Karlsruhe und Vorsitzender des mit über 1.000 Mitgliedern zählenden größten Kreisverbandes innerhalb eines Regionalpräsidiums bestens bekannt. Er ist einer der ersten Nachrücker im Hauptpersonalrat und auch im Innenministerium kein Unbekannter. ■

* Der GLV besteht aus der Landesleitung und drei Beisitzenden aus dem Landesvorstand. Die Amtszeit endet mit einer Neuwahl der teilweise in unterschiedlichen Gremien gewählten Mandatsträger.





Daran arbeiten wir

Nicht alle Themen, denen wir uns aktuell zuwenden, erhalten in der Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit, die sie eigentlich benötigen. Deshalb greifen wir in dieser Rubrik einzelne Themen heraus, an denen wir (auch) aktuell arbeiten.

4

Landesverband Baden-Württemberg



Edmund Schuler – stellvertretender Landesvorsitzender, Landestarifbeauftragter

Personalbindung durch finanzielle Anreize

Der Konkurrenzkampf um gutes Personal ist in vollem Gange. Kompetentes Fachpersonal wird überall gesucht. Die Arbeitgeber in der freien Wirtschaft, aber auch im öffentlichen Dienst stehen dabei im direkten Wettbewerb. Während es der Privatwirtschaft wesentlich leichter fällt, marktgerechte attraktive Rahmenbedingungen zu eigenen Konditionen zu schaffen, ist dies im öffentlichen Dienst kaum möglich.

Ohne die Schaffung weiterer finanzieller Anreize durch tarifrechtliche Möglichkeiten und Rechtsgrundlagen wird der öffentliche Dienst diesen Wettbewerb verlieren. Dazu gehören sowohl monetäre als auch Aspekte der Arbeitszeit, -gestaltung und -flexibilisierung. Es ist in allen Bereichen, sowohl in den höher bewerteten Stellen als auch in den niedrigeren Vergütungsgruppen, notwendig, Anreize zu schaffen.

Wir setzen uns deshalb für Öffnungsklauseln im Tarifrecht ein und fordern gleichzeitig, alle bereits bestehenden Möglichkeiten auszuschöpfen. Schon jetzt bietet § 16 T-VL geeignete Möglichkeiten, Zulagen zu bezahlen. Die Stadt Stuttgart ist Vorreiter für die Hauptstadtzulage beziehungsweise einer Ballungsraumzulage für Tarifbeschäftigte und der Übernahme des Deutschlandtickets. Daran muss sich auch das Land orientieren.



Francesco Brancato – Vorsitzender Präsidialverband PTLs Pol

Mehr höherwertige Tarifstellen – Ausbildungs-offensive jetzt

Personalmangel an allen Ecken und Enden – so kann man die Lage in der Polizei beschreiben. Die Ursachen sind unterschiedlich und vielfältig. Auf der einen Seite gelingt es, Tarifstellen insbesondere in peripheren Dienststellen zu besetzen; andererseits führen Elternzeit und Teilzeit dazu, dass vorhandenes Personal nicht eingesetzt werden kann.

Nur bedingt stehen dafür Möglichkeiten der Befristung gegenüber, die aber das grundsätzlich fehlende Personal nicht kompensieren können. Eine Vielzahl von Aufgaben kann entweder gar nicht, nicht zeitnah und wenn überhaupt, dann nicht sachgerecht wahrgenommen werden.

Eine Überprüfung, ob und gegebenenfalls an welcher Stelle Personal fehlt, scheint längst überfällig. Dabei sollte in Betracht gezogen werden, dies durch eine neutrale, externe Stelle bewerten zu lassen. Bevor man Aufgaben vergibt, muss dringend überprüft werden, mit welchem Personal diese bewältigt werden sollen. Unstrittig ist, zumindest in den Kreisen der DPoIG-Tarifexperten, dass wir dringend mehr Tarifpersonal benötigen – für höherwertige Aufgaben mit entsprechender Vergütung. Dabei sind wir auch der Auffassung, dass bei sicherheitsrelevanten Bereichen die sachgerechte Erledigung von Aufgaben primär mit eigenem Personal erfolgen sollte.

Seit Jahren kämpfe ich und wir für eine Erhöhung der Ausbildungsangebote. Wir verfügen unter anderem im PTLs Pol über herausragende Voraussetzungen, die weit über die Möglichkeiten eines Kfz-Mechatronikers hinausgehen. Das gilt auch im Büromanagement der anderen Polizeipräsidien. Geben wir jungen Auszubildenden und auch uns dafür eine Chance.



Gertrud Grassl –
Kreistarifbeauftragte
HfPol Herrenberg

Entfristung von Tarifstellen an der Hochschule für Polizei

Eine jüngst veröffentlichte Antwort des Innenministeriums auf eine Landtagsfrage des FDP-Abgeordneten Scherer zum Hochschulstandort Herrenberg, hat in beeindruckender Weise bestätigt, was wir schon lange anführen: Der Standort Herrenberg ist langfristig angelegt.

Trotzdem haben wir eine Vielzahl befristeter Arbeitsverträge, die, zumindest nach dem Eindruck der Landtagsdrucksache, rechtswidrig befristet sind.

Als Grund für die Befristungen beim Tarifpersonal in Herrenberg wurde der Sachgrund „nur vorübergehender Bedarf“ in Arbeitsverträgen angegeben. Daran hatten wir schon immer unsere Zweifel. Das gilt im Übrigen auch für den Standort Wertheim, an dem das Land gerade weitere Flächen für eine Erweiterung des Hochschulstandortes gekauft hat.

Einen Befristungsgrund „Befristung auf Wunsch des Arbeitgebers mit Sachgrund (§ 14 Abs. 1 Nr. 1 TzBfG) – vorübergehender betrieblicher Bedarf“ können wir beim besten Willen nicht mehr erkennen. Zumindest nicht für diejenigen, die aktuell an den Standorten beschäftigt sind. Es wird Zeit, dass dies auch das Innenministerium erkennt, bevor man solche Arbeitsverträge gerichtlich überprüfen lässt. Denn hier hat sich die Rechtslage mit den vorliegenden Entscheidungen in unserem Sinne positiv verändert.



Daniel Hoffmann –
Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand

Sachgerechte Bewertung und Neustellen für Verwaltungsbeamte

Der oftmals mit einer sofortigen Beförderung einhergehende Wechsel von Bediensteten aus der Polizeiverwaltung zu einer Kommune ist

keine Seltenheit. Deren Anzahl steigt stetig und längst hat sich hier eine Konkurrenzsituation innerhalb des öffentlichen Dienstes entwickelt. Landratsämter, Städte und Gemeinden haben erkannt, dass ihre Stellenbewertungen zu niedrig angesetzt waren, um dafür noch ausreichend Personal gewinnen zu können. Deshalb haben sie schnell reagiert und beispielsweise in der Zusammenarbeit mit der „Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement“ (KGSt), oder anderen Dienstleistern neue Bewertungen vorgenommen. Dabei sei nur am Rande erwähnt, dass rund 2 500 Institutionen Mitglied in der KGSt sind.

Entlastung bei nicht vollzugsadäquaten Aufgaben

Im Polizeivollzugsdienst ist die Situation bei der Nachwuchsgewinnung und der Personalbindung nach wie vor mehr als angespannt. Allemal ein Grund dafür, sich erneut dem Thema „polizeifremde“ oder „polizeiinadäquate“ Aufgaben zu widmen. Es ist schon einige Jahre her, dass der damalige Innenminister Gall das Thema zuletzt offensiv anging.

Neben der grundsätzlichen Aufgabenkritik, was die Polizei an Aufgaben erledigen muss und ob bei zusätzlichen neuen Aufgaben nicht andere wegfallen, stellt sich zwingend auch die Frage nach dem dafür notwendigen Personal. Dabei geht es nicht um „temporäre Entlastungen“ durch Aushilfen. Auch nicht darum, mit Blick auf Schwerbehinderungen gewisse Funktionen durch Polizeibeamte mit eingeschränkten Verwendungsmöglichkeiten zu besetzen.

Es geht vielmehr um Bereiche außerhalb operativer Tätigkeiten. Etwa in Fachrichtungen wie Journalismus und Medien-Design oder in Bereichen mit reiner Verwaltungstätigkeit, bei denen Polizeivollzugsbeamte innerhalb der Verwaltung verwendet werden. Ein kleines Indiz dabei könnten die verschiedenen Studienrichtungen an den Hochschulen in Kehl und Ludwigsburg bieten.

Wir sind der Auffassung, dass zahlreiche Aufgaben an Verwaltungsbeamte übertragen werden könnten. Dabei sehen wir auch die Möglichkeiten, Tarifbeschäftigte mit den entsprechenden Kompetenzen in ein Beamtenverhältnis zu überführen und zusätzlich auch den Bewährungsaufstieg für Verwaltungsbeamte zu stärken.



Andrea Hofmann –
Bezirkstarifbeauftragte
Konstanz



© DPoIG BW

Jahreshauptversammlung in Heilbronn

Polizeipräsidium und DPoIG kämpfen für mehr Personal

Der Kreisvorsitzende Matthias Schmitt und sein Vorstandsteam hatten sich alle Mühe gegeben. In der Kantine des Finanzamts wartete ein gut vorbereiteter Raum und man konnte sich schon beim Betreten einen kleinen Eindruck davon verschaffen, welche kulinarischen Genüsse die Mitglieder und Gäste erwartet. Der DPoIG-Landeschef Ralf Kusterer war mit der Landesgeschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert nach Heilbronn gekommen. Vom Geschäftsführenden Landesvorstand war Dirk Preis dabei, der auch die Durchführung der Formalien übernahm. Zuvor gab Matthias Schmitt seinen

Geschäftsbericht ab und nahm mit Unterstützung des Kreisgeschäftsführers Peter Wild die Ehrungen vor. Der Kassenbericht fiel äußerst positiv aus und so konnten auch die Rechnungsprüfer nur Bestes berichten. Letztlich blieb noch die Wahl des Seniorenbeauftragten, die mit Dieter Erath einstimmig beschlossen wurde.

Es gehört zu den angenehmen Feststellungen der gewerkschaftspolitischen Arbeit, wenn die Dienststellen den Sprachgebrauch der DPoIG übernehmen, um damit bildhaft Herausforderungen der Polizei zu beschreiben. Als Stellvertreter des Heilbronner

Polizeipräsidenten belegte Markus Geistler bei seinem Grußwort die fehlenden Polizeibeamten mit dem Symbol von unbesetzten Streifenwagen. Sehr eindrucksvoll benannte er offene Baustellen im Präsidiumsgebiet und freute sich über das Angebot des DPoIG-Landesvorsitzenden für jedwede Unterstützung.

Im Grunde unterscheiden sich die Herausforderungen der Regionalpräsidien nur wenig. Trotzdem gibt es, gerade in solch einem großen Flächenpräsidium, noch mehr als sonst Schwierigkeiten, alle Dienststellen personell aufrechterhalten zu können. Dass man

deshalb Verlängerungsanträgen zum Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand offen gegenüberstehe, „verstehe sich von selbst“, so der Heilbronner Vize. In einer Sache waren sich Markus Geistler und Ralf Kusterer einig: Es braucht motivierte Beschäftigte, die auch ordentlich bezahlt werden – unabhängig davon, ob es Beamte oder Tarifbeschäftigte sind.

Im Anschluss an die Veranstaltung konnte man sich von den hervorragenden Kochkünsten der Finanzamtskantine überzeugen und sich in angenehmer Runde dem kollegialen Austausch widmen.

JobRad – gute(s)r „Ra(d)t“ ist manchmal teuer

Hochgepriesen, aber mit Mängeln behaftet. So oder ähnlich könnte man die Rückmeldungen aufmerksamer Kollegen im Praxistest zum Thema „JobRad“ formulieren. Vielen Dank für die Beiträge, die wir für euch etwas genauer unter die Lupe genommen haben:

▶ **Beispiel 1: Das JobRad wird entwendet**

Man sollte meinen, dass dies kein Problem sein dürfe – schließlich hat man ja eine entsprechende „Vollkaskoversicherung“. Aber weit gefehlt! Die Versicherung des Anbieters leistet den Verlust gegenüber dem Leasinggeber. Das bedeutet im Klartext, dass sie die bereits entrichteten Leasinggebühren, die teilweise auch als „Anspargung“ für den späte-

ren Erwerb dienen sollten, nicht erstattet. Zwar bietet die Leasingfirma grundsätzlich bei einem Neuerwerb eine Anrechnung in Höhe von circa 50 Prozent der Leasingkosten an. Das ist aber für JobRad-Nutzer des Landes ausgeschlossen.

▶ **Beispiel 2: die Übernahmekosten**

Beim JobRad wird stets der Preis aus der unverbindlichen Preisempfehlung angesetzt. Preisnachlässe können nicht genutzt werden. Wenn man das Fahrrad am Ende übernehmen will, werden 20 Prozent vom Neupreis als Übernahmebetrag berechnet.

▶ **Beispiel 3: Kostenunterschiede bei den Besoldungsgruppen**

Das JobRad ist nicht für alle gleich lukrativ. Insbesondere Beamtinnen und Beamten in den unteren Besoldungsgruppen wird geraten, über den Vergleichsrechner im LBV Kundenportal die Angebote intensiv zu prüfen. Da gibt es unter den gleichen Voraussetzungen systemimmanent deutliche Unterschiede, wie das Beispiel eines 3 500 Euro teuren Pedelecs zeigt (Leasingnehmer Steuerklasse 1 mit Kirchensteuer und Kinderfreibetrag 0,5):

- > Besoldungsgruppe A 8: relative Ersparnis von 386,92 Euro (9,38 Prozent),
- > Besoldungsgruppe A 13: relative Ersparnis von 935 Euro (22,68 Prozent).

Rechnet man beim anschließenden Erwerb noch den

20-prozentigen Ablösewert (hier 700 Euro) ab, verbleibt beim Kollegen in A 13 eine Ersparnis von circa 230 Euro, während der Beamte in A 8 höhere Ausgaben von über 300 Euro hat.

▶ **Beispiel 4: kein Preisnachlass**

Bei einem Barkauf beim Händler kann man in der Regel einen Preisnachlass aushandeln, beim JobRad geht das nicht. Daher rechnet sich in solchen Fällen unter Umständen der Kauf beim Händler mehr als die Nutzung des JobRad-Angebots.

Also: Augen auf beim Fahrradkauf! Rechnen lohnt sich! Für uns ein Grund mehr, hier deutliche Nachbesserungen zu fordern.

© DPoIG BW

#Ehrenamt sichtbar



Klausurtagungen

DPolG-Mandatsträger aktiv

Die DPolG-Mandatsträger in den Kreis- und Ortsverbänden führen ihr Amt unentgeltlich im Ehren-

amt. Nicht immer wird deutlich, welches Engagement zusätzlich zum regulären Dienst erfolgt.

Dabei steigen die Herausforderungen an die „Kümmerer“ vor Ort. Neben den gewerkschafts-

politischen Themen sind es eine Vielzahl administrativer Tätigkeiten, die viel Zeit in Anspruch nehmen, damit die Betreuung der Mitglieder optimal erfolgen kann. In Klausurtagungen bereiten sich die Kreis- und Ortsverbände sowie die Bezirksverbände vor. ■



> Klausurtagung Bezirk Kurpfalz (Mannheim) – am 4. März 2024

© DPolG BW (4)



> Klausurtagung Bezirk Reutlingen – am 5. März 2024



> Klausurtagung Bezirk Ludwigsburg – am 12. März 2024



> Klausurtagung Bezirk Heilbronn – am 13. März 2024



© DPoIG BW

Jahreshauptversammlung OV FW Karlsruhe

Am 12. März konnte Kreisvorsitzender Oliver Walther fast 50 Mitglieder und Gäste im Feuerwehrhaus Kuppenheim begrüßen, was sicher auch als ein Zeichen der Wertschätzung für die Arbeit des Vorstandsteams zu bewerten ist.

Eine große Freude war die Teilnahme der Ehrenmitglieder Bruno Burkard, Reiner Schinder, Matthias Koch und Michael Grünwedel, die mit ihrer langjährigen Unterstützung und ihrem Engagement die Grundlage für den Erfolg des Kreisverbandes gelegt haben. Gäste waren neben Ralf Kusterer (Landesvorsitzender), Oliver Auras (stellvertretender Landesvorsitzender) und Sarah Leinert (Landesgeschäftsführerin und Justiziarin) auch die beiden Mitglieder im Geschäftsführenden Landesvorstand und Bezirksvorsitzende, Dirk Preis (Offenburg) und Chris Stemmler (Karlsruhe). Als weitere Gäste konnten Jochen Rihlmann (OV FW Mannheim) und Bernd Nagel (OV LFS Bruchsal) begrüßt werden.

Im Rückblick auf die geleistete Arbeit zeigte sich Oliver Walther sehr zufrieden mit seinem Vorstandsteam. Sein Geschäftsbericht war ein Beleg dafür, dass selbst in Pandemiezeiten die Mitgliederbetreuung großgeschrieben wurde. Zur positiven Mitgliederentwicklung kam eine ebensolche bei den Finanzen dazu. Fast schon als „Formsache“ konnten die Kassenprüfer deshalb die Entlastung des Vorstandes vorschlagen. Diese erfolgte einstimmig und wurde durch Dirk Preis geleitet. Ein besonderer Höhepunkt der Veranstaltung war die Anerkennung und Würdigung langjähriger Mitglieder. Burkard Bruno (Jahrgang 1936), Gründungsmitglied des Kreisverbandes, erhielt für seine besonderen und herausragenden Verdienste in 60 Jahren Mit-

gliedschaft die Medaille der DPoIG. Die Versammlung würdigte diese außergewöhnliche Ehrung und Auszeichnung mit stehendem Applaus.

Ralf Kusterer bedankte sich in seiner Ansprache bei Oliver Walther, der seit Jahren Mitglied des Landesvorstandes ist, für dessen außerordentli-

ches Engagement. „Oliver Walther ist eine verlässliche und sichere Bank innerhalb unserer DPoIG. Die große Beteiligung bei Demonstrationen und Aktionen des Ortsverbandes ist ein äußeres Zeichen seines Einsatzes für die Beschäftigten“, so der DPoIG-Landeschef. Wie so üblich, bei Veranstaltungen in einem Feuerwehrhaus, war die Verpflegung wieder herausragend. Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle den dafür verantwortlichen Kollegen.

Kreisvorsitzender:	Oliver Walther
Stellvertretender KV-Vorsitzender:	Tobias Kast
Geschäftsführer:	Stefan Huck
Schatzmeister:	Patric Springmann
Schriftführer:	Thomas Mack
Kassenprüfer:	Leonardo Gutruf, Kai Damaschke
Vertreter JUNGE FEUERWEHR:	Nils Reinisch
Seniorenbeauftragter:	Roland Weiler
Beisitzer:	Sebastian Janetzko, Benjamin Pfefferle, Carsten Kolmeigner, Fabian Feuerstein

31. Deutscher Polizei Eishockey CUP

Vom 22. März 2024 bis 24. März 2024 fand im Olympia-Eiszentrum in Garmisch-Partenkirchen das Turnier „31. Deutscher Polizei Eishockey CUP“ statt. Unter Ausrichtung der „Werdenfeller Schandirutscher“ nahmen 24 Mannschaften aus ganz Deutschland teil. Platz 1 belegten die Berlin Chiefs vor Ingolstadt (Platz 2). Der dritte Platz ging an die München

Peacemakers und Zittau. Aus Baden-Württemberg waren die Mannschaften Black Forest Mounties aus Villingen-Schwenningen (Platz 6), Black Forest Rockets aus Freiburg (Platz 22), Mannheim Rangers (Platz 17) und Ravensburg Eiskratzer (Platz 23) dabei. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) und die BBBank unterstützen das Turnier.



> Black Forest Rockets

© DPoIG BW